



# tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Ausgabe 50 · Herbst 2010 · Kostenlos



## INHALT

|  |     |
|--|-----|
| Stadtrat verabschiedete 43,2 Mio. Euro-Sparpaket   | 3-5 |
| Linke Prinzipienreiterei aus der „Megaperspektive“ | 6-8 |
| Volkshochschule quo vadis?                         | 9   |
| Inklusion statt Förderschulen?                     | 10  |
| Interview mit Bildungstreikbündnis Solingen        | 11  |
| Hindenburgplatz-Umbenennung Staatsschutz ermittelt | 12  |
| Blick zurück nach vorn: Schicksale junger Roma     | 13  |
| Solinger Ausländerbehörde gegen Roma               | 13  |
| „Bürgerarbeit“ ohne Perspektive                    | 14  |
| Kita-Bau in städtischen Grünanlagen                | 15  |
| Gruppeninfos und Veranstaltungshinweise            | 16  |

## Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3000

**Kontakt & Zuschriften:** c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen

Email: tacheles-solingen@gmx.de

www.tacheles-solingen.de

**Druck:** Ordensgemeinschaft-Beschäftigungshilfe Düsseldorf, Römerstr. 9, 40476 Düsseldorf (0211 / 44939870)

Ausgabe 50, 1. September 2010

**ViSdP und Herausgeber:** Frank Knoche c/o Cafe Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen

**Bankverbindung:**

Bürgerinitiativen-Büro Solingen e.V.

BLZ 330 605 92 Sparda-Bank

Konto-Nr. 546 4641

**Fotos:** soweit nicht anders angegeben:

Dietmar Gaida

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie halten nunmehr die 50. Ausgabe der tacheles in Ihren Händen – Zeit für einen Rückblick, aber auch für einen Ausblick.

Als die tacheles vor gut 15 Jahren gegründet wurde, hätten die wenigsten von uns vermutet, dass wir anno 2010 immer noch aktiv sein würden. Oft genug waren wir kurz vor dem Aufgeben, z. B. wenn AnzeigenkundInnen absprangen und die Zeitung kaum finanziert werden konnte, wenn das Layout-Wochenende sich mit der Klausurphase in der Uni überschneidet oder unser Uralt-Computer mitten im Endlayout den Geist aufgibt. Was uns immer wieder motiviert hat, weiterzumachen, waren die positiven Rückmeldungen unserer LeserInnen, die uns immer wieder Mut gaben, und natürlich der Unmut über die politischen Entwicklungen, ob in Solingen oder weltweit. Nicht zuletzt hätten wir nicht so lange weitermachen können, wenn wir nicht so treue und zuverlässige AnzeigenkundInnen hätten. Bei diesen möchten wir uns an dieser Stelle ganz besonders herzlich bedanken.

Nun, aus den StudentInnen von damals sind Sozialpädagoginnen, LehrerInnen und Städtebauingenieure geworden, Familien sind gegründet worden und RedakteurInnen kamen und gingen. Eines aber ist geblieben: das Gefühl, nicht schweigend zusehen zu können, wie demokratische Grundrechte immer mehr eingeschränkt werden, wie die Interessen der Bevölkerung den Bedürfnissen der Wirtschaft untergeordnet werden, wie PolitikerInnen immer wieder Entscheidungen treffen, die den Menschen in dieser Stadt schaden. Auch wenn wir uns damit nicht immer beliebt machen, wie zahlreiche empörte Reaktionen von LokalpolitikerInnen auf unsere Artikel gezeigt haben. Mehr als einmal sind wir als „Nestbeschmutzer“ bezeichnet worden, wenn wir über Missstände und politische Fehlentscheidungen berichtet haben. Als Antwort darauf können wir hier nur Carl von Ossietzky zitieren: In Deutschland gilt derjenige als viel gefährlicher, der auf den Schmutz hinweist, als der, der ihn gemacht hat.

tacheles Redaktion



tacheles-Jahresabo

Ein Jahr für 13 Euro frei Haus

Unterstützer-Abo 20 Euro frei Haus



Bankverbindung

Bürgerinitiativenbüro Solingen e.V.

BLZ 33060592 (Sparda-Bank)

Konto-Nr. 546 4641

Stichwort "tacheles-Abo"



## STADTRAT VERABSCHIEDETE 43,2 MIO. EURO - SPARPAKET

Hat die neue Gestaltungsmehrheit das Schlimmste verhindert?

Oberbürgermeister (OB) Norbert Feith (CDU) legte am 25. Februar diesen Jahres nach einer Aufforderung der Bezirksregierung Düsseldorf ein Paket zur Einsparung von 44,2 Mio. Euro/Jahr vor. In den Monaten bis zur Verabschiedung am 8. Juli im Rat stellte sich heraus, dass das Sparpaket auf erheblichen Widerstand in der Bürgerschaft, aber auch in einigen Ratsfraktionen stieß. Beispielhaft für die Proteste seien hier einige genannt: Die Protestaktionen von BewohnerInnen und Jugendlichen gegen die Schließung der Notschlafstelle. Eine Resolution von mehr als 20 Solinger Vereinen wandte sich gegen die vorgeschlagenen massiven Kürzungen beim Solinger Busverkehr, zu den Unterzeichnern gehörten u.a. die Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“, die Evangelische Stadtkirchengemeinde und der Personalrat der Bergischen VHS. Beispielhaft waren auch die Protestkundgebung, zu der der Verein Reha- und Behindertensport Solingen 1953 e.V. am Hallenbad Vogelsang einlud und die Aktionen der Eissportvereine.



In den Verhandlungen stellte sich heraus, dass die Fraktionen von CDU und FDP im wesentlichen

dem Vorschlag des OBs folgen wollten, so stimmten sie im Rat am Ende auch allen Kürzungsvorschlägen der Verwaltung zu. Es schälte sich heraus, dass die im Herbst 2009 im Rat gebildete lockere Zusammenarbeit der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen-Offene Liste und BfS zu wichtigen Übereinstimmungen im Umgang mit dem Sparpaket fand. Der von ihnen entwickelte Kompromissantrag wurde von der Linken unterstützt und im Rat beschlossen, seit dem 8.7. gibt es im Solinger Stadtrat die neue Mitte-Links-Gestaltungsmehrheit aus SPD, Grünen, BfS und Linken.

Der Beschluss versucht, die Eingriffe in die bürgerschaftliche, soziale, ökologische, sportliche und kulturelle Infrastruktur deutlich geringer zu halten, als es im Sparpaket von OB Feith vorgeschlagen wurde. Es wird sich zeigen, ob bei der Umsetzung mit hartnäckigem Gegenwind der CDU-geführten Verwaltung gerechnet werden muss.

### Beschlossen wurde von der Ratsmehrheit u.a. folgendes:

- Kürzungen bei den Fraktionszuwendungen statt der Abschaffung von zwei der fünf Bezirksvertretungen (BV).

*Die Jugendlichen der Solinger Notschlafstelle „die10“ riefen am 18.3. zur Schlafsackdemo vor dem Rathaus, um sich gegen die geplante Schließung zu wehren. Die Aktion stieß auf breite Solidarität.*

- Die Kürzung der freiwilligen Zuschüsse für Vereine um 100.000 Euro/Jahr wurde abgelehnt. Die Mittel sollen in voller Höhe erhalten bleiben.

- Wie vom OB vorgeschlagen, kommt ein höherer Gewerbesteuerhebesatz ab 2012. Die Ratsmehrheit beschloss, 40% der Erhöhung schon ein Jahr früher zu erheben.

- Ein Wermutstropfen ist sicherlich die von der Verwaltung vorgeschlagene und vom Rat beschlossene Erhöhung der Grundsteuer, die von Mietern und Eigentümern aufgebracht werden muss.

- Die „Umwandlung von Grünland in Bauland“, also das Beschleunigen des Zubauens der grünen Außenbereiche Solingens wurde gestrichen.

- Ein Bürgerbüro in Ohligs soll, anders als vorgeschlagen, erhalten bleiben.

- Die Mittel für kulturelle Einzelhilfe werden nicht um 32% gekürzt.

- Die vorgeschlagene „Schließung“ der Festhalle Ohligs und des Stadtsaals Wald ab 2012 wurde von der Ratsmehrheit umgewandelt in: „Übertragung an Dritte unter Beibehaltung der Funktion als Begegnungsstätte“. Finanzmittel stehen aber ab 2012 nicht mehr zur Verfügung, jetzt kommt es darauf an, Betrei-

ber zu finden, die die Festhalle unentgeltlich übernehmen.

- Der Rat nahm die Solinger Vereine von der Erhöhung der Entgelte für die Vermietung des Theater- und Konzerthauses aus.

- Das bisherige „Lesecafé“ im Erdgeschoss der Stadtbücherei wird entgegen dem Vorschlag nicht aufgegeben. Der Plan, das Erdgeschoss der Stadtbücherei für das Bürgerbüro und die KfZ-Zulassungsstelle (!) ganz aufzugeben, wurde abgelehnt.

- Der Plan der Verwaltung, dass die Stadtbücherei-Kunden Bücher nur noch selbst von Kassenautomaten verbuchen lassen können, wurde verändert. Künftig ist die Ausleihe am Automaten oder bei Mitarbeitern möglich.

- Allerdings akzeptierte die Ratsmehrheit die Reduzierung der Öffnungszeiten der Stadtbücherei um 10%.

- Die vom OB befürwortete Aufgabe der städtischen Notschlafstelle an der Hermannstraße wurde verhindert.

- Die vorgeschlagene Aufgabe des Gebäudes des Gräfrather Haus der Jugend steht so nicht mehr im Ratsbeschluss. In der BV Gräfrath und im Jugendhilfeausschuss soll entschieden werden, wie die Jugendarbeit in Gräfrath ohne Qualitätseinbußen umgestaltet und preis-



Die Protestierenden gegen die Schließung der Notschlafstelle hatten auch Einsparvorschläge: Z.B. den Dienstwagen des Oberbürgermeisters.

werter gemacht werden kann.

- Die beantragte Kürzung der Zuschüsse an Eissportvereine um 60.000 Euro/Jahr hätte den Betrieb der Eissporthalle und die Übernahme des Hallenbades Birker Straße durch die Lebenshilfe massiv gefährdet. Die Ratsmehrheit beschloss, den Zuschuss „nur“ um 10.000 Euro/Jahr zu kürzen.
- Die Zuschüsse für die Sportvereine und den Stadtsportbund wurden „nur“ um 15.000 Euro/Jahr statt um 40.000 Euro/Jahr gekürzt.
- Die Überlassungsentgelte für Sportstätten wurden statt um 100.000 Euro/Jahr „nur“ um 30.000 Euro/Jahr gekürzt.
- Die Mittel für die Pflege der Spiel- und Bolzplätze wurden statt wie von der Verwaltung vorgeschlagen um 50.000 Euro/Jahr „nur“ um 25.000 Euro/Jahr gekürzt.
- Die Schließung des Heidebades wurde von der Ratsmehrheit abgelehnt. Hier konnten sich die Umweltschutzargumente nicht gegen die Befürworter der Erhaltung des Bades durchsetzen.
- Die Erhöhung der Überlassungsentgelte für Schwimmvereine beträgt statt der vorgeschlagenen 15.000 Euro/Jahr „nur“ 5.000 Euro/Jahr.
- Verhindert wurde die von der Verwaltung vorgeschlagene Schließung des Hallenbades Vogelsang. Damit bleibt auch in Zukunft wenigstens ein Hallenbad für den öffentlichen Schwimmbetrieb erhalten. Der Rat beschloss stattdessen eine Einsparung von 100.000 Euro/Jahr durch „Betriebs- und Personalkostenoptimierung“.
- Die Mittel des Zuwanderer- und Integrationsrates für Vereine und Initiativen werden nicht um 40% reduziert.
- Die Komplett-Aufgabe der Brötchentaste wurde abgelehnt.

- Die vom OB vorgeschlagene weitere Kürzung der Mittel für den Solinger Busverkehr um 750.000 Euro/Jahr wurde von der Ratsmehrheit nicht akzeptiert. Statt einer „Standardabsenkung“ des Busverkehrs in dieser Höhe wurde die „Zukunftsgerechte Weiterentwicklung des ÖPNV durch Attraktivierung, Einnahmeverbesserung und Optimierung“ beschlossen. Als Ziel wurde eine Verbesserung des städtischen Haushalts um 200.000 Euro/Jahr beschlossen. Somit sollen im neuen Nahverkehrsplan Mehreinnahmen durch ein besser an die Bedürfnisse der Kunden angepasstes Linienetz und durch die Gewinnung neuer Kunden erzielt werden.
- Die Verwaltung hatte die Abschaffung der Baumschutzsatzung vorgeschlagen. Dies hätte bedeutet, dass es keinen Schutz mehr für Bäume im besiedelten Gebiet gäbe und dass keine Ersatzpflanzgebote mehr ausgesprochen würden. Stattdessen beschloss die Ratsmehrheit die „Anpassung der Baumschutzsatzung“, mit der ein Betrag von 10.000 Euro/Jahr eingespart werden soll.
- Der Rat lehnte die Reduzierung der Agenda-Geschäftsstelle, die u.a. das Aktionsprogramm Nachhaltigkeit zusammen mit zahlreichen BürgerInnen entwickelt und betreut, ab. Jetzt wird es darauf ankommen, diese Stelle wieder zu besetzen, damit die

erfolgreiche Arbeit uneingeschränkt weitergeführt werden kann.

- Problematisch sind sicherlich die von der Ratsmehrheit letztlich akzeptierten Kürzungen in der Umweltverwaltung.
- Klinikum und Altenheime sollen nicht fusioniert werden. Stattdessen soll eine Kooperation beider Einrichtungen erfolgen.
- Bei der Bergischen VHS wollte die Verwaltung 250.000 Euro/Jahr kürzen. Die Ratsmehrheit beschloss „nur“ 75.000 Euro/Jahr einzusparen. Abgelehnt wurde u.a. die Streichung der Bildungsscheckberatung sowie der Wegfall der Möglichkeit, in Solingen nachträgliche Schulabschlüsse zu erwerben.

#### Heizkosten einsparen und weniger Häuptlinge in der Verwaltung

Die Ratsmehrheit beschloss zusätzliche Ergebnisverbesserungen, die nicht von OB Feith vorgeschlagen worden waren, so u.a.:

- Der Beitrag, den die Gesellschaften rund um die Wirtschaftsförderung leisten müssen, wurde von 140.000 Euro/Jahr auf 290.000 Euro/Jahr erhöht.
- Die Kosten für Straßenlaternen sollen durch den Einsatz energiesparender Technologien um 100.000 Euro/Jahr reduziert werden.
- Das Leitungspersonal des „Konzerns Stadt Solingen“ soll vermindert werden, dadurch sollen jährlich 80.000 Euro eingespart werden.
- Durch energetische Sanierung, Energieeffizienz und den Einsatz regenerativer Energien soll der Energieverbrauch um 250.000 Euro/Jahr reduziert werden.
- Die Standardreduzierung beim Neubau von Straßen soll jährlich 50.000 Euro einsparen.
- Die Planung des Straßendurchstichs durch den Park Dickenbusch wurde aufgegeben. Damit entfallen Kosten von 306.000 Euro/Jahr.
- Durch die Streichung der nicht besetzten

30 Jahre  
in der Natur aktiv

**RBN**

Bergischer Naturschutzverein e.V. • OV Solingen • rbn@rbn-solingen.de • www.rbn-solingen.de



Beigeordnetenstelle und die dauerhafte Neuordnung der Verwaltungsressorts werden jährlich 150.000 Euro eingespart.

- Die Optimierung der Heizungen etc. in städtischen Gebäuden und die Einführung einer Sommerzeit beim Heizkonzept (ein Vorschlag des Jugendstadtrates) sollen 50.000 Euro jährlich einsparen.

### Wir brauchen dringend eine Gemeindefinanzreform

Die Beratung über das folgenschwere Sparpaket war der vorläufige Höhepunkt einer langfristigen Entwicklung, die für die Mehrzahl der Städte in NRW inzwischen dramatische Formen angenommen hat. Sie ersticken an ihren Altschulden, besonders betroffen sind die Städte im Ruhrgebiet und im Bergischen Land. Die Schulden sind Folge einer unzureichenden und nicht aufgabengerechten Finanzausstattung. Immer mehr Pflichtaufgaben werden von Bund und Land auf die Städte übertragen, ohne ihnen die finanziellen Mittel dafür zu geben. Die CDU-FDP-geführte NRW-Landesregierung hat das Problem besonders verschärft. Auch die Bundesregierungen, sowohl die schwarz-gelbe und die schwarz-rote als auch die rot-grünen, wälz(t)en auf die Städte enorme Finanzbelastungen ab, z.B. bei den Kosten der Unterkunft für ALG-II-EmpfängerInnen.

Nur eine umfassende Gemeindefinanzreform kann verhindern, dass viele Städte in NRW in die Zahlungsunfähigkeit geraten. Wenn diese Reform nicht kommt, wird Solingen trotz aller Sparbemühungen in wenigen Jahren überschuldet sein.

Dietmar Gaida



*Straßenbäume in der Augustastraße. Die neue Ratsmehrheit verhinderte auch die Abschaffung der Baumschutzsatzung. Dann wäre die Verpflichtung zu Ersatzpflanzungen bei Fällungen entfallen.*



### Frauen und Initiativen Treff e. V. Café Courage

Klemens-Horn-Str. 3  
42655 Solingen  
Tel.: 0212 -27 36 35



## Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Bleiberecht für Flüchtlinge, Auswirkungen von Hartz IV auf MigratInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

**Kontakt:** c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen [solinger-appell@operamail.com](mailto:solinger-appell@operamail.com) Treffen alle 14 Tage Donnerstags um 20h im Café Courage



# LINKE PRINZIPIENREITEREI AUS DER „MEGAPERSPEKTIVE“

Gedanken zur Verabschiedung des Haushalts durch eine Mitte-Links-Gestaltungsmehrheit

Die Zustimmung der Linken zum von SPD, Grüne und BfS verantworteten Sparhaushalt, der ein sozialverträglicher Gegenentwurf zu den von Verwaltung, CDU und FDP vertretenen Kaputtspars-Vorschlägen darstellt, wird von manchen "Linken" als Verrat am rechten Weg für Linke Ideale betrachtet. So heißt es in einer "Offenen Mitteilung an die Linken": "In der Arbeiterbewegung gab es immer auch bei sozialdemokratischen Formationen ein Auseinanderdriften zwischen Anspruch und Wirklichkeit in Sagen und Tun und auch zwischen der Basis und parlamentarischen Kräften. Dies kann - neben ideologischen Einflüssen - in einer bürgerlichen und "parlamentarischen Demokratie" aufgrund der Kräfteverhältnisse und Anlage der Staatsstruktur auch gar nicht anders sein. Es sei denn man hat eine grundsätzlich andere gesellschaftliche Entwicklung vor Augen und eine wissenschaftliche Weltanschauung wie den Marxismus, der in der Lage ist eine Metaperspektive zu den derzeitigen Verhältnissen einzunehmen und daraus taktische und strategische Entwicklungen abzuleiten." Und weiter: "Die PDL möchte mitspielen im Kreis der Mächtigen und dort, wo die Futtertröge stehen, auch Platz nehmen. Wenn ich mich auf den Parlamentarismus einlasse mit weitergehenden politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen - so komme ich darin um." Zur Untermauerung der Kritik wird der vor

111 Jahren geschriebenen Aufsatz von Rosa Luxemburg, "Eine Taktische Frage", herangezogen, der sich mit dem Eintritt Mille-rands in das Ministerium Waldeck-Rousseau beschäftigt und die Frage aufwirft, ob "die aktive Teilnahme der Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung (...) eine Erscheinung" sei, "die außer dem Rahmen der gewöhnlichen Betätigungsformen des Sozialismus liegt".

## Es geht hier nicht um Sozialismus

Abgesehen davon, dass Marx, Engels und Lenin solche Buchstaben-Marxisten für diese Kritik mit dem Hinweis abgewaschen hätte, dass jedes Ereignis auf seinem konkreten historischen Hintergrund, neu und differenziert zu beurteilen sei, ist eine solche Position an Klugscheißerei, Realitätsverlust, Arroganz und dogmatischer Prinzipienreiterei kaum noch zu übertreffen. Die Antwort auf die von Rosa Luxemburg gestellte Frage, ist nämlich äußerst simpel: Es geht hier nicht um Sozialismus! Es geht darum die konkreten Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, auf dem Hintergrund der kapitalistischen Krise, so zu bewahren, dass es es sich hier noch einigermaßen Leben läßt. Es geht darum, die noch einigermaßen intakte soziale, demokratische, kulturelle und ökologische Grundstruktur dieser Stadt, gegen eine mögliche konservativ-neoliberale Mehrheit zu verteidigen. Das ist ein Abwehrkampf und keine

Offensive für ein anderes System. Selbst die traditionelle Linke war da schon mal weiter, als sie ihre Strategie der antimonopolistischen Demokratie entwickelt hatte und darauf hoffte, dass in der Verteidigung des Erreichten sich die Kräfte sammeln würden, die für eine neue und gerechtere Gesellschaftsordnung eintreten werden. Wichtig ist hier und heute allein die Frage: Verbessert oder verschlechtert sich die soziale, ökologische und kulturelle Lebensweise der Bürgerinnen und Bürger im Abwehrkampf gegen den neoliberalen Trend, oder befördern wir die weit verbreitete Ohnmacht, wonach jede Gegenwehr zwecklos sei.

Im Übrigen scheint dieser Alexandre Mille-rand, auch wenn er mit zunehmenden Alter immer konservativer wurde, gar kein so schlechter Typ gewesen zu sein. Er verteidigte als Rechtsanwalt Revolutionäre wie den Marx-Schwiegerson Paul Lafargue und engagierte sich vehement in der Dreyfus-Affäre für den jüdischen Offizier. Selbst Pierre Waldeck-Rousseau war wohl auch gar nicht so übel. Unter seiner Regierung wurden mehrere fortschrittliche Gesetze erlassen. Die tägliche Arbeitszeit wurde abgesenkt, die Frauen- und Kinderarbeit reglementiert und das Verbot der Gewerkschaften aufgehoben. Gescheitert ist er an dem Versuch die Religionsgemeinschaften dem Vereinsrecht unter zu ordnen.

## Vertreter dürfen sich nicht drücken

Ist es den Gralshütern der Lehren von Marx, Engels, Lenin (+ Rosa Luxemburg) immer noch nicht möglich die Einschätzungen der Begründer des sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus aus heutiger Sicht auch mal zu hinterfragen? Könnte es nicht sein, dass die flammende Revolutionärin Rosa Luxemburg, in ihrem unerschütterlichen Optimismus, dass die Revolution marschiert, sich hier etwas vergaloppiert hat? Ich bin da nicht so vertraut mit der konkreten Historie, aber die Frage sollte sich ein undogmatischer Marxist trotzdem stellen.

Um im Buchstaben gelehrten marxistischen Jargon zu verbleiben, möchte ich noch auf einem Absatz in Rosa's Artikel aufmerksam machen, der offensichtlich überlesen wurde: "Es kann allerdings in der Entwicklung oder vielmehr dem Untergang der kapitalistischen Gesellschaft Augenblicke geben, wo die endgültige Machtergreifung durch die Vertreter des Proletariats noch unmöglich wäre, ihr Anteil an der bürgerlichen Regierung aber als notwendig erschiene, namentlich wo es sich um die Freiheit des Landes oder um die demokratischen Errungenschaften, wie die Republik, handelt, während die bürgerliche Re-



Das letzte Solinger Hallenbad, das für das öffentliche Schwimmen geöffnet ist, sollte nach dem Willen von OB, CDU & FDP geschlossen werden. Der Rat beschloss am 8.7., das Bad zu erhalten.



gierung selbst bereits zu kompromittiert und zu desorganisiert ist, um ohne die Unterstützung der Arbeitervertreter das Volk zur Gefolgschaft zu veranlassen. In einem solchen Falle dürften sich die Vertreter des arbeitenden Volkes selbstverständlich einer abstrakten Prinzipienreiterei zuliebe von der Verteidigung der gemeinsamen Sache nicht drücken."

Das trifft doch den Nagel auf den Kopf! Die Ratsfraktion der Linken in Solingen hat sich mit ihrer Entscheidung für die Mitte-Links-Gestaltungsmehrheit nicht davor gedrückt, die kommunale Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge, einen entscheidenden Pfeiler der Demokratie, zu verteidigen.

### Undogmatisches Denken statt Prinzipienreiterei

Bezüglich der wissenschaftlichen Weltanschauung, welche "in der Lage ist eine Metaperspektive zu den derzeitigen Verhältnissen einzunehmen und daraus taktische und strategische Entwicklungen abzuleiten", würde ich Verteidigern des Realen- oder Wahren-Sozialismus zu etwas mehr Bescheidenheit raten. Wenn die Beteiligungen der Linken an "Regierungen" bislang noch nicht zur Überwindung des Kapitalismus geführt hat, müsste der gleiche Vorwurf auch für alle anderen Formen linker Politik erhoben werden. Oder haben die selbst zu hundert Prozent beherrschten kommunistischen Regierungen einen Sozialismus erreicht, der den demokratisch-emanzipatorischen Idealen von Marx, Engels und Lenin gerecht wurde?

Und was das "Auseinanderdriften zwischen Anspruch und Wirklichkeit in Sagen und Tun" betrifft, waren die kommunistischen Parteien an der Macht denn in dieser Beziehung bislang ehrlicher und besser als regierende Sozialdemokraten?

Statt in der "Megaperspektive" des Wahrheitsanspruches zu verharren, würde ich eher empfehlen mal wieder auf den Boden der wirklichen Sorgen und Nöte der Menschen in der Gesellschaft und dieser Stadt zurück zu kommen. Selbst wenn solche Kritiker die Wahrheit mit Löffeln gefressen haben, wo bleibt denn ihr konkreter Gebrauchswert, ihre Nützlichkeit im Eintreten für die Lebensinteressen der Menschen dieser Stadt? Für den Spruch, dass "der Sozialismus allmächtig ist, weil er wahr ist" kann sich niemand etwas kaufen. Er trifft eben u. a. auch deshalb nicht zu, weil die "Wahrheit" immer konkret ist und sich selbst der sozialistisch eingestellte Arbeitslose, wenn er zum Vorstellungsgespräch nach Köln fahren will und um eine frühe Zeit noch kein Bus fährt, fragt, ob das denn "wahr" sein kann.

Der Vorwurf: "Die PDL möchte mitspielen im Kreis der Mächtigen und dort, wo die Futtertröge stehen, auch Platz nehmen. Wenn ich mich auf den Parlamentarismus einlasse mit weitergehenden politischen und gesellschaft-



*Der Lesesaal der Stadtbücherei sollte verdrängt werden, die Stadtbücherei sollte im Erdgeschoss massiv Flächen abgeben. Dieser Plan wurde vom Rat aus dem Sparpaket herausgenommen.*

lichen Vorstellungen - so komme ich darin um", ist bezüglich einer gemeinsamen Kommunalpolitik von Mitte-Links-Kräften im Rat, einfach nur eine populistische Niederträchtigkeit. Wo geht es denn hier um "Futtertröge" für Grüne, Linke, konsequente Sozialdemokraten und freie Wählergemeinschaften, wie die BfS? Die Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder sind lächerlich im Verhältnis zum Engagement. Im Gegenteil: Wer

sich hier konsequent gegen die von CDU und FDP beherrschte Verwaltung und deren Einfluss in Behörden und Verbänden engagiert, muss mit persönlichen und beruflichen Nachteilen rechnen. Im Land und Bund sieht das - zugegeben - etwas anders aus. Und wo sind die Kommunen "mächtig"? Es geht doch gerade darum, die Entmachtung der kommunalen Selbstverwaltung, die Zerstörung der kommunalen Daseinsvorsorge, gegenüber

**Arbeitsgemeinschaft  
ganzheitliche Psychotherapie**



**Psychodrama, Sozialtherapie,  
Supervision, Coaching,  
Gestalttherapie, Ausbildung**

Paar- und Familienberatung, Einzelberatung, Psychotherapie,  
Supervision, Gruppenabende, Weiterbildung Psychodrama

Weitere Tagesseminare mit Einzelthemen finden Sie auf meiner Homepage:  
[www.friedel-geisler.de](http://www.friedel-geisler.de)

oder rufen Sie mich an:

montags - donnerstags in der Zeit von 12.00 bis 13.00 Uhr;  
Zu andern Zeiten wird Ihre Nachricht aufgezeichnet: Tel. 0212/273 478.

Friedel Geisler  
Psychotherapeutin (HpG)

Psychodrama Ausbilderin DAGG/DFP, Supervision DGSv, Theologie, Dipl.-Rel.-Päd.  
Konrad-Adenauer-Str. 21, 42651 Solingen  
Telefon 0212/273 478, Fax. 0212/273 479

eMail: [info@friedel-geisler.de](mailto:info@friedel-geisler.de)

Internet: [www.friedel-geisler.de](http://www.friedel-geisler.de)

Land und Bund und den Interessensverbänden der Wirtschaft zu verteidigen. Die Kommunen sind Underdogs und keine Vertreter der Macht an den Futtertrögen der kapitalistischen Gesellschaft. Solche Vorwürfe sind doch an Platitude kaum noch zu überbieten.

### Kommt runter vom hohen Ross. Denkt selbst!

Während dogmatische Linke den Verrat an den Interessen von Kultur, Bildung und Sport beklagen, erhält die neue Mitte-Links-Mehrheit im Rat von den betroffenen Vertretern dieser Interessen Zustimmung für ihre Politik. So schrieb der Präsident des Stadtsportbundes Hartmut Lämmer zum Beispiel: "Unsere Forderungen, bei allen Sparbemühungen keine Strukturen dauerhaft zu zerschlagen, fanden letztlich doch noch Gehör. In der Dreier-Koalition von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und BfS ist es insbesondere durch die Initiative der Grünen gelungen ihre Partner von der wichtigen sozialen Funktion der Sportvereine zu überzeugen und abschließend in diesem Bereich die nun vorgestellten Beschlüsse gemeinsam zu fassen. Die Linken haben diese Ergebnisse unterstützt. Hierzu allen Akteuren unser herzliches Dankeschön!"

Ähnlich anerkennende Worte gibt es auch von den Benutzern der VHS, der Notschlafstelle, des Hallenbades Vogelsang, der Festhalle Ohligs und des Stadtsaales Wald, des Freibades in Ohligs, des Fahrgastbeirates ÖPNV, der Eissporthalle und denjenigen, die sich vom Erhalt der Schulstandorte eine Perspektive für Gemeinschafts- bzw. Gesamtschulen versprechen, sowie für den Erhalt der Bezirksvertretung, wie den Gegnern einer Fusion von Klinikum mit den städtischen Altenzentren.

Natürlich war unser Beschluss zur Anhebung vor allem der Grundsteuer äußerst schmerzhaft. Weil aber dadurch z. B. der durchschnittliche Genossenschafts-Wohnungs-Bewohner mit 30 Euro jährlich zusätzlich belastet wird, der Villenbesitzer hingegen mit 250 Euro, hielten wir das für vertretbar. Insbesondere



*OB Feith schlug vor, 750.000 Euro jährlich bei den Solinger-O-Bussen einzusparen. Massive Proteste von Solinger Vereinen, Initiativen und Institutionen und der Beschluss der neuen Ratsmehrheit konnten das Schlimmste verhindern.*

auch deshalb, weil wir vereinbart haben, dass die dadurch erhöhten Kosten der Unterkunft für ALG-II-Empfänger entsprechend angepasst werden müssen. Da die Kommunen außer über die Gewerbe- oder die Grundsteuer kaum noch über eigene Einnahmequellen verfügen, war dies auch ein Akt der Notwehr. Wir brauchten das Geld für den Erhalt der Bildungs-, Kultur- und Freizeitinfrastruktur, welche einen viel bedeutenderen Standortfaktor für Kommune und Wirtschaft darstellen als die Höhe der Gewerbe- und Grundsteuer. Wir fordern die entsprechenden Interessensverbände, welche davon betroffen sind, auf, sich mit uns gemeinsam gegen diese ungerechte Gemeindefinanzierungs-Politik durch Bund und Land zu wehren, damit die Kommunen diese Steuern nicht weiter erhöhen müssen oder sogar senken können. Aber da sind u. a. IHK und der Arbeitgeberverband

gefragt, deren Einsatz für die Interessen der Kommunen gegenüber dem Ideellen Gesamtkapitalisten "Staat" in dieser Frage relativ kleinlaut ist.

Zum Abschluss gestattet mir noch eine Kritik am außerparlamentarischen Widerstand. Der hat uns sicherlich in dem zähen Ringen für Mehrheiten im Rat geholfen. Er hätte aber bedeutend stärker sein können, wenn er sich darauf konzentriert hätte, die verschiedenen punktuellen Proteste gegen den Kaputt-Sparhaushalt an den entscheidenden Punkten zu organisieren, anstatt sich an dem von MLPD und Teilen der Linken aufgestellten Dogma "Keinen Cent für diesen Sparhaushalt" zu orientieren und z. B. den Erhalt des Union-Stadions oder der Brötchentaste beim Parken vorne anzustellen. Zum ersten mal in meiner langjährigen kommunalpolitischen Arbeit hatte ich den Eindruck, dass wir im "Parlament" bedeutend erfolgreicher waren als in der Außer-Parlamentarischen-Opposition. Eigentlich widerspricht das der reinen Lehre. Aber das sollte uns nicht darin hindern, aus Widersprüchen zu lernen. Die Krise der kommunalen Finanzen ist nämlich kein Papiertiger des herrschenden Systems sondern ein äußerst ernstzunehmendes Problem des demokratischen Gestaltungsspielraumes im Interesse der kommunalen Daseinsvorsorge. Kommt runter vom hohen Ross. Denkt selbst!

Frank Knoche

**Garten  
gestaltung  
& -pflege**

**Thomas  
Wendt**

0212  
81 73 73



# VOLKSHOCHSCHULE QUO VADIS?

Die Volkshochschulen wurden einst gegründet, um für einen möglichst großen Teil der Bevölkerung Zugang zu Bildungsangeboten zu schaffen, die zuvor davon ausgeschlossen waren. Der Gründer der dänischen Volkshochschule, Nikolai Frederik Severin Grundtvig, vertrat die Ansicht, dass die Bevölkerung die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten nur nutzen könne, wenn sie auch über das entsprechende Wissen verfügt. So wurden für Erwachsene entsprechende Bildungsangebote geschaffen, die für alle zugänglich und finanziell erschwinglich waren. Die erste Volkshochschule entstand 1844 in Rødding (Süddänemark).

Die Solinger Volkshochschule wurde 1912 gegründet. Nun ist seitdem viel Wasser die Wupper hinab geflossen und die Volkshochschulen haben sich zu zeitgemäßen Weiterbildungsstätten entwickelt. Auch die Zielgruppen haben sich vervielfältigt; so sind heute nicht primär die zuvor von Bildung Ausgeschlossenen im Fokus, sondern mehr und mehr auch die bereits „Gut-Ausgebildeten“, die entsprechend dem gesellschaftlichen und persönlichen Anspruch „ein Leben lang zu lernen“ und auch gerne das notwendige „Kleingeld“ dafür mitbringen. Alphabetisierungskurse neben Rhetorik für das Management, Hauptschulabschluss versus Japanisch im Unternehmen, so in etwa sieht es heute aus. Peu a peu werden im Zuge dieser Entwicklung diejenigen an den Rand gedrängt und von Weiterbildung ausgeschlossen, die per se schon schlechtere Bildungsvoraussetzungen haben. Das ursprüngliche Bildungsziel bei Gründung der Volkshochschulen geht verloren.

## Die Solinger Volkshochschule im Wandel

Eine entscheidende Wandlung vollzieht sich in Solingen im Jahr 2006 mit der Fusion der Wuppertaler und Solinger Volkshochschulen sowie den städtischen Familienbildungsstätten und die damals noch existierenden Regionalstelle „Frau und Beruf“. Die Bergische VHS (BVHS) wird geboren und der damalige Oberbürgermeister der Stadt Solingen, Franz Haug, verspricht, dass es keine quantitative und qualitative Einschränkung des Angebots geben solle.

Schon bald müssen die Solinger/-innen feststellen, dass dies eher ein frommer Wunsch war. Bereits in der ersten Zeit nach der Fusion häufen sich die kritischen Stimmen: Wuppertaler Ansprechpartner/-innen für Kurse in Solingen verfügen nicht über die notwendigen Informationen, kostenträchtige Telefonnummern für die Nutzer/-innen, unübersichtliche Gestaltung des städteübergreifenden Kursbuches, uneinheitliche Honorierungen der Lehrkräfte, häufige Wechsel der Ansprechpart-

ner/-innen, kostenträchtige Umzüge von größeren Abteilungen, Schaffung einer kostenträchtigen Doppelspitze, Schwinden des politischen Einflusses durch Schaffung des Zweckverbandes, Verunsicherung unter den Beschäftigten etc.

## Sparen, Sparen, Sparen...

Sicher, einige Dinge haben sich verbessert, so wurden z. B. die für NutzerInnen teuren Telefonnummern schnell abgeschafft und die alten bekannten Solinger Telefonnummern wieder eingeführt. Doch mit den Einsparbemühungen der beiden Städte Wuppertal



und Solingen kam dann 2010 der nächste gravierende Einschnitt:

Der Wuppertaler Kämmerer Dr. Slawig schlägt unmittelbar nach der letzten Kommunalwahl vor, den städtischen Zuschuss um 500.000 € zu reduzieren, die Solinger Verwaltung will 250.000 € einsparen.

Die damit verbundenen Vorschläge und negativen Entwicklungen sind bekannt:

Nach dem aktuellen Wirtschaftsplan sollen bis 2015 mehr als 23 Stellen eingespart werden, hinzu kommen sollen für Solingen:

- die Schließung des traditionellen VHS-Filmstudios
- die Kinderbetreuung für die Integrations- bzw. Deutschkurse
- Abschaffung der Schulabschlusskurse in Solingen
- Abschaffung der Bildungsberatung, die Bildungschecks und -prämien ausstellt, mit denen aus Bundes- bzw. Landesmitteln notwendige berufliche Fortbildungen finanziert werden können.
- Desweiteren bleibt unklar, wie zukünftig

frei werdende Stellen wieder besetzt werden können, dies betrifft z. B. ein gutes Fremdsprachenangebot und den wichtigen Bereich „Deutsch als Fremdsprache“.

## Der politische Wille

Viele Solinger/innen äußerten sich gegen diese Kürzungsvorschläge. Auch bei dem Solinger Sparportal stimmten deutlich mehr Menschen gegen einen Teil der Kürzungsvorschläge als dafür (993 vs. 567).

Nach den Diskussionen in den Ausschüssen, im Jugendstadtrat und im Frauenforum wurde dann im Rat ein Beschluss getroffen, der zumindest vorsieht, dass ein Teil der angestrebten Kürzungen nicht vollzogen werden soll. Demnach soll der Zuschuss von Solinger Seite jetzt noch um 75.000 Euro reduziert werden.

Doch wer meint, dass ein Teil der oben genannten Angebote der VHS nun gerettet sei, wird eines Besseren belehrt, denn die demokratischen Wege sind nicht selten Irrwege...

Da die politischen Mehrheiten in Wuppertal anders aussehen und damit zu rechnen war, dass die notwendige Dreiviertelmehrheit für einen Kürzungsbeschluss in Gesamthöhe von 750.000 Euro nicht zusammen gekommen wäre, wurde die Zweckverbandssitzung im Juli kurzer Hand von Wuppertaler Seite abgesagt. Vermutlich sollen mit dieser Verzögerungstaktik die politisch Verantwortlichen doch noch für den Wirtschaftsplan der BVHS weichgekocht werden – gegen den bereits deutlich formulierten politischen Willen der NutzerInnen und der BürgerInnen

## Die Folgen der Fusion sind offensichtlich

Und schließlich vollzieht sich – wie aktuellen Presseberichten zu entnehmen war – aktuell intern Bedrohliches, denn was bisher für die kommunale Verwaltung als ausgeschlossen galt, soll nun für den Zweckverband der BVHS gelten: Betriebsbedingte Kündigungen sind nun auch für langjährige MitarbeiterInnen nicht mehr ausgeschlossen.

Es brodelt also weiterhin bei der VHS und die negativen Folgen der Fusion sind unübersehbar. Es wäre an der Zeit, über eine Teilung der BVHS nachzudenken, um letztlich auch als Kommune wieder handlungsfähig im Bereich der Erwachsenenbildung zu werden. Schließlich sichert eine qualitativ hochwertige Erwachsenenbildung auch die Mitbestimmungskompetenz der EinwohnerInnen einer Stadt.

Redaktion tacheles

# INKLUSION STATT FÖRDERSCHULEN?

## GEMEINSAMER UNTERRICHT VON SCHÜLER/INNEN MIT UND OHNE BEHINDERUNG

In dem 2006 beschlossenen Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen hat sich Deutschland verpflichtet, ein inklusives Schulsystem zu errichten, in dem der gemeinsame Unterricht von Schüler/innen mit und ohne Behinderung der Regelfall ist. Entsprechend sind in den nächsten zehn Jahren einige Veränderungen im deutschen Schulsystem zu erwarten. So sollen in Zukunft Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Lernen, Sprache sowie Emotionale und Soziale Entwicklung an Regelschulen unterrichtet werden.

In dieser und in den nächsten Ausgaben soll an dieser Stelle die aktuelle Situation der Förderschulen und des integrativen Unterrichts beleuchtet werden und die Möglichkeiten für die Umsetzung eines inklusiven Schulsystems diskutiert werden. Begonnen werden soll mit einer Buchvorstellung von Brigitte Schumann. „Ich schäme mich ja so“ *Die Sonderschule für Lernbehinderte als „Schonraumfalle“*

1973 forderte der Deutsche Bildungsrat die Überwindung der „Selektions- und Isolationstendenzen im Schulwesen“ durch eine Konzeption, die „die Gemeinsamkeit im Lehren und Lernen für Behinderte und Nichtbehinderte“ herstellen sollte. Mehr als 30 Jahre später ist Deutschland immer noch integrationspädagogisches Entwicklungsland. Mit Ausnahme von Bremen dominiert immer noch die sonderpädagogische Förderung in der Sonderschule.

### Schonraum Förderschule?

Die Notwendigkeit, schulleistungsschwache Kinder aus dem Regelschulsystem auszuschließen, wird bildungspolitisch bis heute mit der optimalen Förderung im Schutz- und „Schonraum“ der Förderschule begründet. Dort sollen die Betroffenen vor Leistungsdruck, Versagensangst und Misserfolgen geschützt und in der Entwicklung eines positiven Selbstkonzeptes unterstützt werden. Im Kommunalwahlprogramm der Solinger CDU aus dem Jahr 2009 heißt es: „Die Solinger Förderschulen gehen auf spezielle Defizite der Kinder ein, bieten kleinere Lerngruppen und Unterstützung, um auch Kindern mit Handicap eine faire Chance auf gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Sie sollen auf das spätere Leben vorbereitet sein und in einer anderen Schulform einen höheren Abschluss erreichen können...“

### Der Sonderschulstatus: beschämend und beschädigend

Dieses Schonraumargument ist der Ausgangspunkt für die Studie von Brigitte Schumann „Ich schäme mich ja so“ an. Indem die Autorin Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt Lernen und Eltern schriftlich und mündlich befragt, widerlegt sie die These vom „Schonraum“. Stattdessen wird nachgewiesen, wie als Folge institutioneller Beschädigung und vielfach belastender Beschämungen die Scham über den Ausschluss aus dem Regelschulsystem und über den stigmabehafteten Sonderschulstatus die Entwicklung eines positiven Selbstkonzeptes behindert bzw. verhindert.



Die Überweisung zur Förderschule stellt für fast alle befragten Sonderschüler/innen eine institutionelle Beschämung dar. Sie wird begleitet von informellen Beschämungen durch Mitschüler/innen, Gleichaltrige und andere Akteure in ihrem Umfeld. Auch Lehrer/innen und Freund/innen werden zu den Personen gezählt, von denen Beschämungen ausgehen. 21% der schriftlich befragten machen wegen der Förderschulüberweisung negative Erfahrungen mit ihren Freundinnen und Freunden. Diese machen sich lustig über sie oder brechen den Kontakt zu ihnen ab. Der stigmabehaftete Sonderschulstatus zwingt die Beschämten in der Regel dazu, ihren Schülerstatus in Alltagssituationen zu verschweigen bzw. zu verleugnen. Nicht anders sieht es bei den „originären“ Förderschülern und -schülerinnen aus, denen die Beschämung durch den Ausschluss aus dem Regelschulsystem erspart geblieben ist und die die längste Verweildauer im „Schonraum“ der Sonderschule haben. Auch sie können keinen erkennbaren Vorteil für ihr Selbstkonzept daraus ziehen.

### Migranten:

#### besonders belastet und beschämt

Kinder von Migrant/innen und ihre Eltern sind vielfach einer doppelten Diskriminierung ausgesetzt, wenn zu dem ethnischen Minderheitenstatus noch der Förderschulstatus hinzugefügt wird. Zusätzlich müssen insbesondere türkische Familien mit Diskriminierung durch ihre eigenen Leute rechnen. Die Folge ist, dass der Sonderschulbesuch aus Scham häufig zum absoluten Familiengheimnis wird. Vor diesem Hintergrund haben es Migrantenkinder schwerer, ihre Schamgefühle zu bewältigen. In der Elternscham werden ihre eigenen Schamgefühle verstärkt. Während Migrantenmädchen die Schamgefühle eher gegen sich selbst richten, mit sozialem Rückzug reagieren und unter großem Leidensdruck stehen, agieren Jungen ihre Schamgefühle eher in aggressiver Weise aus. Infolge ihrer massiv untergrabenen Männlichkeitsvorstellung laufen sie Gefahr, sich Cliques mit negativer Werteorientierung anzuschließen, Schulleistungen zu verweigern und sozial abweichendes Verhalten zu zeigen.

Die dargestellten Beobachtungen machen deutlich, dass der „Schonraum“ eine Falle darstellt. Es gelingt in der Aussonderung nicht, die Entwicklung

eines positiven allgemeinen Selbstkonzeptes zu fördern. Vielmehr ergibt sich der Eindruck, dass soziale Beschämungen wie der Ausschluss aus dem Regelschulsystem und die Zuschreibung eines stigmabehafteten Status besonders wirksame gesellschaftliche Instrumente sind, soziale Ungleichheit über das Schamgefühl und die negative Selbstwahrnehmung aufrechtzuerhalten.

### Solinger Förderschüler ohne Hauptschulabschluss

Ein Blick in die Statistik lässt die These von einer optimalen Förderung an einer Sonderschule als sehr fragwürdig erscheinen. In einer kleinen Anfrage der Solinger Landtagsabgeordneten Preuß-Buchholz (SPD) zu der Frage, wie viele Jugendliche in Solingen die Hauptschule ohne Schulabschluss verlassen, erfährt der Leser/in, dass mehr als die Hälfte der Förderschülerinnen und -schüler mit dem Förderschwerpunkt Lernen im Jahr 2009 die Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlassen haben.



# „EIN GANZ ANDERES LERNEN UND LEBEN IST MÖGLICH UND NÖTIGER DENN JE!“

Mehrere Hundert SchülerInnen demonstrierten im April und Juni 2010 anlässlich des landesweiten Bildungstreiks auch in Solingen. Sie traten ein für ein „selbstbestimmtes Lernen und Leben“ ohne „starrten Zeitrahmen, Leistungsdruck und Konkurrenzdruck“. tacheles sprach mit Vurgun (19) und Nico (19) vom Bildungstreikbündnis Solingen.

## BUNDESWEITER BILDUNGSTREIK

09.06.2010 09:30 DEMO  
START: AM NEUMARKT, PLATZ VOR C&A

ES GEHT WETER! - WIR FORDERN:

- Kostenlose Bildung für alle - Abschaffung von Studiengebühren!
- Weg mit dem Turboabi/G8 - weniger Schulstress!
- Verbot von Bundeswehrpropaganda an Schulen!
- Mehr LehrerInnen - Kleinere Klassen!
- Eine Schule für alle!
- Demokratisierung des Bildungssystems - gleiches Stimmrecht für SchülerInnen!
- Schluss mit Repression gegen SchülerInnen!
- Einfluss der Wirtschaft auf die Schulen beenden!
- Kopfnoten abschaffen!

Kontakt: bildungstreik-solingen@gmx.de  
bildungstreiksg.wordpress.com

**tacheles:** Schauen wir noch mal auf die zurückliegenden Monate. Ihr seid MitorganisatorInnen der Schülerproteste in Solingen gewesen. Wie ist Eure persönliche Bilanz?

**Vurgun und Nico:** Wir empfinden das, was wir erreicht haben, zunächst als Erfolg. Wir konnten mehrere Hundert SchülerInnen aller Schulformen mobilisieren. Unsere Forderungen stießen auf breite Zustimmung und die neue Landesregierung wird sicherlich einige Forderungen, die wir gestellt haben, wie zum Beispiel die Abschaffung der Studiengebühren, erfüllen.

**tacheles:** Waren alle Eure Forderungen unstrittig oder wurden sie von den SchülerInnen auch diskutiert?

**Vurgun:** Also, wie gesagt, die meisten Forderungen wurden breit akzeptiert. Was uns allerdings überrascht hat ist, dass unsere Forderung nach „einer Schule für Alle“ teilweise doch sehr kritisch betrachtet wurde. Allerdings hatten wir den Eindruck, dass hier viele SchülerInnen einfach nicht wussten, welches Schulkonzept sich hinter dieser Forderung verbirgt.

**Nico:** Es wurde in diesem Zusammenhang gezielt Desinformationen gestreut. Es tauchten Zettel von der CDU auf, die gegen die „Schule für Alle“ propagierten. Es wurde die

Information gegeben, dass es dann in Zukunft nur noch eine (zentrale) Schule für ganz Solingen geben würde und die SchülerInnen hatten Angst, dann durch ganze Stadt fahren zu müssen, um diese eine Schule zu erreichen. Hier mussten wir dann aufklären, dass es um Chancengleichheit geht, eben darum, dass die derzeitige Selektion im Schulsystem aufgehoben wird.

**tacheles:** Wie reagierten die verschiedenen Schulen auf die Proteste, gab es da Unterschiede?

**Nico:** Ja, es gab massive Unterschiede. Die FALS in Solingen Wald und die Hauptschule Krahenhöhe haben die Schülerproteste relativ locker gesehen, die innerstädtischen Schulen dagegen, an denen der Demozug vorbei ging – wie Schwertsraße, ADS, THS, und Gesamtschule Wupperstraße, machten ihre Türen dicht.

**Vurgun:** Es wurde an diesen Schulen aber auch schon im Vorfeld der Demos schon massiver Druck auf die SchülerInnen ausgeübt. Obwohl rechtlich betrachtet lediglich unentschuldigte Fehlzeiten als Konsequenz auf ein Fernbleiben vom Unterricht folgen können, wurden hier Klassenkonferenzen angedroht.

**Nico:** Was sich an den Schulen abspielte war echt grenzwertig. Die SchülerInnen wurden eingesperrt, manche konnten noch nicht mal auf Toilette gehen – es wurden teilweise sogar die Notausgänge verschlossen.

**tacheles:** Und was folgte tatsächlich nach den Protesten?

**Vurgun:** Nach den Demos kamen etliche SchülerInnen zu uns, die Ärger mit ihren LehrerInnen hatten und Repressalien befürchten mussten. Wir sprachen dann mit den LehrerInnen und wir konnten den SchülerInnen auch helfen.

**Nico:** Auffallend ist, dass insbesondere die SchülerInnen unter Druck gesetzt wurden, die alleine da standen. Dort wo es breite Zustimmung gab und Schulklassen insgesamt oder in der Mehrheit hinter dem Protest standen, wurden die demonstrierenden SchülerInnen auch in Ruhe gelassen.

**tacheles:** Und wie geht es jetzt weiter? Sind weitere Aktionen geplant?

**Nico:** Im Moment sind wir in der Reflexionsphase und die Bündnisse in den Städten warten ab, was die neue Landesregierung nun tatsächlich bildungspolitisch um-

setzen wird. Wichtig ist uns aber an dieser Stelle noch mal zu betonen, dass der Kampf um Schülerinteressen nicht isoliert betrachtet werden kann. Es geht bei dem Bildungstreik um gesamtgesellschaftliche Interessen und wir hoffen in Zukunft mit mehr gesellschaftlichen Kräften – z. B. auch zusammen mit den Gewerkschaften – unsere Ziele verfolgen zu können.

**tacheles:** Vielen Dank für das Gespräch.  
tacheles-Redaktion

<http://bildungstreiksg.wordpress.com/>

Hier noch mal die zentralen Forderungen des Bildungstreikbündnisses in Solingen:

Freier Bildungszugang für alle Menschen, Lehrmittelfreiheit und Abschaffung von sämtlichen Bildungsgebühren wie Studiengebühren, Ausbildungsgebühren und Kita-Gebühren,

Öffentliche Finanzierung des Bildungssystems ohne Einflussnahme der Wirtschaft unter anderem auf Lehrinhalte, Studienstrukturen und Stellenvergabe  
Radikale Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen.



## EM KOTTEN

Neumarkt 9  
42651 Solingen  
Tel.: 0212-15582  
weitere Infos unter  
[www.em-kotten.de](http://www.em-kotten.de)

## SOLINGER APPELL – FORUM GEGEN KRIEG UND RASSISMUS PRESSEERKLÄRUNG

### Staatsschutz ermittelt gegen Demokraten

Der Staatsschutz Wuppertal ermittelt gegen vier Aktivisten des Solinger Appells. Ihnen wird vorgeworfen, „Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen“ verwendet zu haben.

Was war geschehen?

Monate lang stand die Forderung nach Umbenennung des Hindenburgplatzes in Solingen-Wald in der öffentlichen Diskussion. Am 21.6.2010 sollte darüber letztendlich durch die Bezirksvertretung entschieden werden, ob der Platz in „Walder Marktplatz“ umbenannt werden oder weiterhin Hindenburgplatz heißen soll.

Da zu erwarten war, dass anlässlich dieser Sitzung wiederum Befürworter des Namens Hindenburg in großer Zahl erscheinen würden, wollten die Aktivisten des Solinger Appells dort ebenfalls auftreten um zu demonstrieren, wer dieser Hindenburg war und dass die Namenänderung längst überfällig ist.

Das geschah mittels Kopien aus dem Internet von Wahlplakaten der NSDAP, die Hitler zusammen mit Hindenburg zeigen; in einem Fall versehen mit einem Hakenkreuz. Diese Plakate stammen aus Quellen wie dem Bundesbildarchiv und Spiegel-Online, wo diese Plakate öffentlich als historisches Dokument zur Verfügung gestellt werden. Unter anderem diese Dokumente stützen die Tatsache, dass Hindenburg nicht der senile Greis war, der Hitler am 30. Januar 1933 aus Unkenntnis und gestützt auf falsche Berater die Macht ausgeliefert hat. Er war Symbolfigur der Feinde der Demokratie und der Weimarer Republik. Er hielt nichts von Parteien, Parlamentarismus und der „Wählerei“. Sein Ziel war die Abschaffung der bürgerlichen Demokratie zugunsten einer „neuen nationalen Gemeinschaft“. Er hat mit der Machtübertragung an Hitler aus voller Überzeugung gehandelt. Die Folgen sind

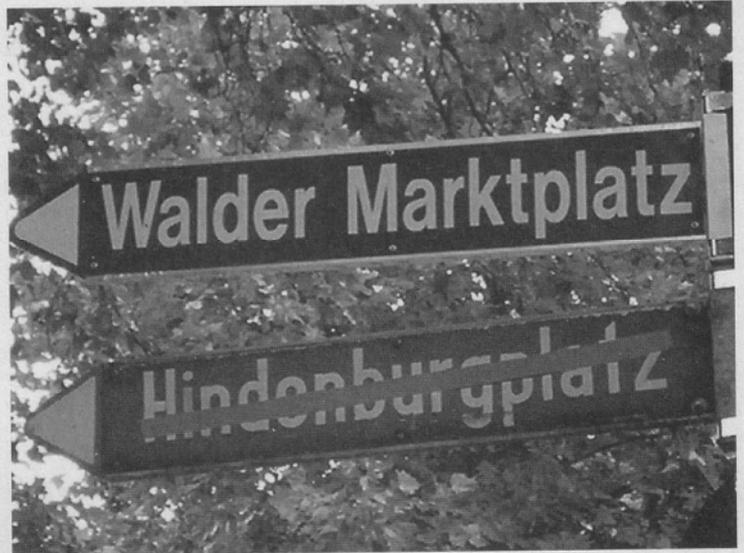
hinlänglich bekannt: Krieg, fast ganz Europa in Schutt und Asche, Millionen Tote, Völkermord...

Der Solinger Appell war aktiver Teil der öffentlichen Meinung für die Abschaffung des Namens „Hindenburgplatz“. „Weltkriegshelden“ und Feinde der Demokratie dürfen nicht länger geehrt werden. Eine aufgeklärte Gesellschaft sollte sich von ihnen trennen und distanzieren. Wir brauchen aktive Demokraten als Vorbilder. Das, und nicht Nazi Propaganda betreiben zu wollen, ist der offensichtliche Beweggrund für das Zeigen der Plakate in der Bezirksvertretung.

Den Befürwortern der Beibehaltung des Namens Hindenburg sollte mit dieser Plakataktion vermittelt werden, in welche politische Nähe sie sich begeben. Die Aktivisten des Solinger Appells handelten in Übereinstimmung mit dem Geist des Grundgesetzes. ... Dass jetzt der Staatsschutz gegen sie ermittelt, heißt die Dinge auf dem Kopf stellen. Es ist offensichtlich, dass die Originalplakate aus der Nazizeit nicht im Sinne von Nazi Propaganda verwendet wurde, sondern um dazustellen, wie die tatsächlichen geschichtlichen Fakten und Zusammenhänge waren. Etwas anderes daraus abzuleiten, das ist wirklich eine Farce. Es ist traurig, dass dies in unsere Stadt geschieht, die sich nach dem Brandanschlag von 1993 rühmt, ein besonderes Klima von Offenheit, Toleranz und Zivilcourage geschaffen zu haben.

Wir verlangen die sofortige Einstellung der Ermittlungsverfahren und bitten die Öffentlichkeit um Unterstützung in dieser Sache.

Solinger Appell



Manchmal dauert es etwas länger, aber irgendwann setzt sich die Vernunft doch durch.

Schon Ende der 70er Jahre war unser Redakteur Frank Knoche an einer, damals noch nicht offiziellen, Umbenennungsaktion für den Hindenburgplatz beteiligt: Der von chilenischen Putschisten ermordete Präsident Salvador Allende sollte geehrt werden.

Mitte der 80er Jahre hatten sich SPD und Grüne auf den christlichen Antifaschisten Martin-Niemöller geeinigt. Allerdings bekam die SPD-geführte Bezirksvertretung dann kalte Füße, auch dieser Plan scheiterte.

Am 23. August 2010 war es dann endlich soweit. Der Erfinder der Dolchstoßlegende und Steigbügelhalter Hitlers wird in Solingen nicht mehr mit einem Straßennamen geehrt.



**Nicht gucken  
mitmachen bei  
der tacheles!**



## AUSSTELLUNG: BLICK ZURÜCK NACH VORN

Während und nach dem Bosnien-Krieg und später auch während und nach dem Kosovo-Krieg sind viele Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien nach Deutschland und auch nach Solingen gekommen. Vor allem die Minderheiten wurden aus den Kriegsgebieten vertrieben. Die Solinger Gruppe von Amnesty International wird nun vom 29. August bis zum 27. September im Theater-Foyer die Ausstellung "Blick zurück nach vorn" des Goethe-Instituts präsentieren. Diese wurde von jugendlichen Roma in Serbien und im Kosovo erarbeitet, deren Eltern in den 1990er Jahren von dort geflüchtet sind. Sie sind in Deutschland aufgewachsen, mussten letztlich aber dann doch wieder zurückkehren. Unabhängig davon, ob die Familien abgeschoben wurden oder ob die Eltern freiwillig zurückgekehrt sind, war es für die Kinder meist keine Rückkehr in die Heimat, sondern ein unfreiwilliger Neuanfang in einem für sie fremden Land. Gemeinsam ist ihnen die deutsche Sprache und dass sie auch noch Jahre nach ihrer Ausreise Deutschland als ihre Heimat betrachten. Mit dem Projekt bekamen sie die Gelegenheit, die Erfahrung von Verlust und Neuanfang mit künstlerischen Mitteln zum Ausdruck zu bringen. Auch bis heute sind immer noch einige der Flüchtlinge in Solingen, die nach über 15 Jahren noch befürchten müssen, eines Tages dorthin zurückkehren zu müssen. Amnesty international lädt herzlich zu der Eröffnungsveranstaltung am Sonntag, den 29. August um 19 Uhr im Foyer des Theaters herzlich ein.

Amnesty International, Gruppe Solingen



### Blick zurück nach vorn

Eine Fotoausstellung von und mit 14 Jugendlichen aus Rückkehrerfamilien in Südserbien und Kosovo  
29.08.10 – 27.09.10

Theater und Konzerthaus Solingen  
geöffnet zu den Veranstaltungszeiten oder  
nach Voranmeldung über:

Tel. 0212 41578 oder

E-Mail: [helmut.eckermann@t-online.de](mailto:helmut.eckermann@t-online.de)

### AUSLÄNDERBEHÖRDE CONTRA EU-FREIZÜGIGKEIT

Seit der Aufnahme von Rumänien und Bulgarien in die EU können die BürgerInnen dieser Länder auch in Deutschland einreisen und sich legal hier für einige Monate aufhalten. Vor allem die in diesen Ländern diskriminierten und verfolgten Roma nutzen diese Freizügigkeitsregelung verstärkt. Nicht nur für Politiker wie Sarkozy sind diese Roma allerdings EU-Bürger Dritter Klasse. Auch mindestens ein Mitarbeiter der Solinger Ausländerbehörde war offensichtlich der Meinung, dass Rumänen in unserer Stadt nichts zu suchen hätten. So forderte er zwei völlig legal eingereiste rumänische Frauen willkürlich und amtsmissbrauchend auf, mittels einer Grenzübertrittsbescheinigung die Bundesrepublik innerhalb von zwei Tagen zu verlassen. Allein der Umstand, dass die beiden völlig eingeschüchterten Roma eine Soziale Straßenzzeitung verkauften, reichte dem Beamten aus, einen Verstoß gegen die Aufenthaltsbestimmungen festzustellen. Die Sozialen Straßenzzeitungen in Deutschland haben erklärt, dass ihre Hilfsangebote für alle bedürftigen Menschen, unabhängig ihrer Herkunft, Kultur und Hautfarbe gelten. Sie betrachten ihre Arbeit als einen Beitrag, aggressives Betteln und Kriminalität zu verhindern und bemängeln, dass sich kaum jemand um die Folgen politisch gewollter Beschlüsse kümmere.

Frank Knoche

amnesty  
international



Sektion der  
Bundesrepublik  
Deutschland e.V.  
Bezirk **3560**  
Gruppe **1424**

**Helmut Eckermann**  
**Burger Landstraße 19**  
**42659 Solingen** ✓

# BÜRGER AN DIE ARBEIT

Seit der „Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen“ im Jahre 1997 taucht im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit das Wort Bürgerarbeit immer mal wieder auf.

2005, bei der Einführung der Grundsicherung, wandelte sich „Bürgerarbeit“ in „Ein-Euro-Job“ um, aus freiwilligem gesellschaftlichem Engagement wurde § 2 Abs.1 S.3 SGB, hat der erwerbsfähige Hilfebedürftige eine ihm angebotene zumutbare Arbeitsgelegenheit zu übernehmen. Und damit Mann/Frau nicht vergisst, dass das freiwillig ist, gibt es gleich noch einen Sanktionierungsparagrafen dazu, schlicht und einfach § 16d SGB II genannt.

Nun hat das Bundesministerium für Arbeit dieses Zauberwort für Arbeitslose wieder entdeckt, und hat sene Galionsfigur „Ursula“ mit dem tollen Konzept vorgeschickt.

Ab Januar 2011 sollen 160.000 Langzeitarbeitslose in einem dreijährigen Programm „... die konsequenteste Form des Förderns und Forderns“ erfahren, so Frau von der Leyen auf der Bundespressekonferenz am 15. Juli 2010 in Berlin.

Mit 1,3 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt und noch einmal 200 Millionen Euro vom Europäischen Sozialfond pro Jahr ausgestattet, stehen schon Beschäftigungsgesellschaften, Bildungsträger, Kommunen und diverse Sozialeinrichtungen bereit um sich den Kuchen aufzuteilen. Zuerst einmal wird mit einer „Testphase“ begonnen, an der bundesweit ca. 160.000 ALG II BezieherInnen teilnehmen sollen, dann beginnt „beginnt eine sechsmonatige Aktivierungsphase“, während dieser Zeit rechnet man damit, 126.000 Personen irgendwie unterzubringen, sei es in Zeitarbeit, befristeten Arbeitsverträgen, Existenzgründung oder sie werden einfach als unmotiviert aussortiert, natürlich mit den entsprechenden Konsequenzen. Bleibt ein Rest von ca. 34.000, dieser soll in die Bürgerarbeit aufgenommen werden. Ausgestattet mit einer 30-Stunden Woche und einem Verdienst von 900 Euro Brutto, und wahrscheinlich ohne Lohnfortzahlung im Urlaubs- und Krankheitsfall, wie es heute schon bei Ein-Euro-Jobbern der Fall ist. Dass der Bruttoverdienst keine Verbesserung bringt, ist gewollt, es werden nur minimale Beträge an Arbeitslosenversicherung und Rentenkasse abgeführt, was in dieser Hinsicht keinerlei Verbesserung nach der Maßnahme mit sich bringt. Im Gegenteil, rechnerisch müsste man sogar noch schlechter dastehen als mit Grundsicherung, plus Unterkunftskosten, plus Zulage für Ein-Euro-Job, denn nun werden auch noch Sozialabgaben abgerechnet. Es ist also gar nicht vorgesehen seine Kasse der „Grundsicherung“ zu verlassen, und was allen gemeinsam ist, es fehlt die Perspektive danach...



„Ziel muß es sein, die Berufs- und Lebenserfahrung von Langzeitarbeitslosen zu nutzen“  
Gerd Landsberg, Präsident des Städte- und Gemeindebundes

Das Beschäftigungsfeld entspricht ebenfalls dem schon bekannten Muster: minderwertige Arbeitsangebote, die vorher als Reguläre eingesparrt wurden, oder man verkauft sie als Qualifizierungsmaßnahmen, wo einer von Zehn einen zeitlich befristeten Arbeitsvertrag bekommt und feiert das als Erfolg.

Aber vielleicht tut sich ja durch Herrn von Guttenberg, dem obersten Chef der Olivgrünen Jungs, der die Wehrpflicht aussetzen möchte, und damit auch dem Zivildienst den Boden unter den Füßen wegzieht, eine neue Möglichkeit auf, freie Zivildienststellen durch „Bürgerarbeiter“ zu besetzen. Was sich auch später einmal wieder umkehren lässt. Denn die Anbieter von Zivildienststellen und Bürgerarbeit sind ja meist weitgehend identisch, und die Kohle bleibt auch in der Familie.

Mit solchen grandiosen Antworten und Konzepten wird die Glaubwürdigkeit und Wahlbeteiligung zur nächsten Bundestagswahl 2013 noch weiter nach unten gedrückt.

Heinz Mähner

## Sozialgericht zu Wohnungsgröße Hartz IV

Das Sozialgericht Duisburg hat am 04.06. 2010 entschieden, dass in NRW ab dem 10.01.2010 eine Wohnungsgröße von 50 qm für eine Person im ALG-II-Bezug angemessen ist. Die Stadt und ARGE in Solingen hatte sich wie die anderen Städte in NRW geweigert, diese vor allem von den Solinger Grünen eingeforderte 50 qm-Richtlinie einzuhalten und sich für 47 qm entschieden.

Die Entscheidung hat das Aktenzeichen S 41 AS 2020/10 ER.



Planung  
Gestaltung  
Ausführung  
Mietmöbel  
Grafik

Systembau  
Konventionell  
Kombiniert



alfa Messebau  
Obere Holzstraße 14  
42653 Solingen  
Tel.: (02 12) 31 06 61  
Fax: (02 12) 31 15 59





Kontaktadresse:  
 ZukunftsWelten e.V.  
 Mühlenteich 5 42653 Solingen  
 Tel.:0212-59 04 01 FAX:259 25 11

Abzugsfähige Spenden werden erbeten auf das Konto  
 ZukunftsWelten e.V. Konto 5251269 BLZ 342 500 00 Stadtparkasse Solingen

A  
g  
e  
n  
d  
a  
  
P  
r  
e  
i  
s  
t  
r  
ä  
g  
e  
r  
  
2  
0  
0  
0

in Solingen nix los ????

**MUMMS &  
 BIRKENWEIHER**

VIEL VERGNÜGEN! *nix wiehin!*



Im Park an der Augustastraße wird abgeholzt.

Vor vier Jahren tat die damalige Ratskoalition von CDU und SPD nichts gegen die Schließung mehrerer Kitas in Solingen-Mitte. Dabei war schon damals klar, dass für die Betreuung der Unter-3-jährigen gerade in Mitte kurzfristig deutlich mehr Kita-Plätze gebraucht werden. Als dann das Konjunkturprogramm kam, musste man ganz schnell zwei neue Kitas in Solingen-Mitte bauen. Platz dafür fand sich dann leider, leider nur in zwei städtischen Grünanlagen an der Schwertstraße und an der Augustastraße...

## Gruppeninfos

### AG Weiße Rose:

Geschwister Scholl-Schule, Querstraße 42

### Amnesty international:

Treff jeden 1. Mittwoch im Monat 20h, Kontakt:

Tel.: 415 78

**Attac:** Jeden 1. Do. 19h, Café Courage,  
Klemens-Horn-Straße 3 42655 Solingen

### Ausländerrechtliche Beratungskommission:

Hilfe für Härtefälle im Ausländerrecht, Kontakt: Helmut Eckermann (Tel.: 415 78) oder Diakonisches Werk, Frau Scott (Tel.: 287 27)

**bleiberecht.com:** www.bleiberecht.com

**Bündnis Cobra:** myspace.com/buendniscobra,

**Bürgerinitiative "Solingen gehört uns":** Kontakt:

Edgar Scharmann, Sedanstraße 31, 42719 Solingen,  
e.scharmann@arcor.de, Tel.: 330169

**Café Courage:** Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen, Tel.: 27 36 35

**Cow Club:** www.cowclub.de, Treff jeden Do. 20h in der kantine/COBRA, Tel.: 659 86 89

**DFG-BK Niederberg/Berg. Land:** Beratung für Kriegsdienstverweigerer; Kontakt: Hagü Weber, Tel.: 7 48 09

**Flüchtlingsberatung:** in den Räumen der urgewählten Mitglieder des Integrationsrates, Cobra (Seiteneingang Robert-Klaas-Str.), Kontakt: Tel. 01717/82 02 69

**Förderverein Freibad Aufderhöhe:** Kontakt: Birgit Evertz, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

**Frauenhaus:** Tel 5 45 00

**Frauen helfen Frauen:** Brühler Str., Tel.: 5 54 70

**Graue Panther:** Eiland 17, 42651 Solingen

**Informationsbüro Nicaragua:** Postfach 10 13 20, 42013 Wuppertal

**Initiative "Bau-Stopp der Bayer-Pipeline":** Kontakt Dieter Donner, Tel.: 02103/6 50 30

**Lesbentelefon:** Mo. 20-22h, Tel.: 0202/44 08 08

**Öffentlichkeit gegen Gewalt:** Kontakt: Ursel Ullmann, Tel.: 8 05 23

**RBN, Bergischer Naturschutzverein:** www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de, Kontakt: Thomas Bloss, Tel.: 2 30 97 77

**Solinger Appell/Forum gegen Krieg und Rassismus:** c/o Café Courage, Kontakt: solinger-appell@operamail.com, Treff: Do, 30.09.10, 20h, dann 14-tägig.

**Stiftung W:** www.stiftung-w.de; mail@stiftung-w.de; Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal

**tacheles:** www.tacheles-solingen.de, tacheles-solingen@gmx.de, c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen

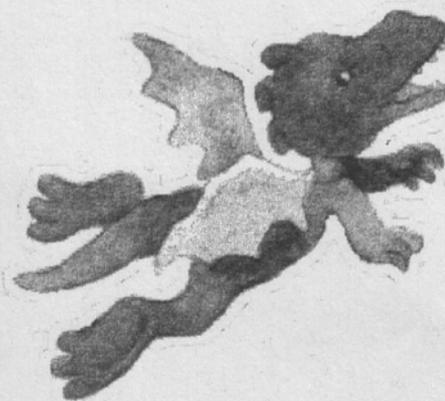
**Tauschring:** Treff jeden zweiten Mo. im Monat (außer Sommerferien und Dez.) 19.30h, Eine-Welt-Laden Methodist. Kirche, Friedrichstr. 39

**Türkischer Volksverein:** Van-Meenen-Str. 1, Tel.: 20 48 45, Mo-Fr ab 15h, Sa-So ab 12h Café, Mi.: Saz-Kurs 17.30h, Fr 18.30h Kinderfolklore

**Unterstützerkreis Stolpersteine:** c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel.: 318130

**VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA):** www.solingen.vvn-bda.de c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

**ZukunftsWelten e. V.:** Kontakt: Familie Thom, Mohrenkamp 20, 42653 SG, Tel.: 59 07 96



## VERANSTALTUNGSHINWEISE

**Fr., 03.09.:** Toby, die Partyrakete. 20h Em Kotten, Eintritt frei

**Sa., 05.09.:** Rock Night. 20h im Kotten, Einlass ab 19h, Eintritt 3 Euro

**09.09.:** RAPID CITIES (Konzert, schneller Indie-Punk aus New Jersey), MOCK (Konzert, Post-Rock/Midwest-Emo aus Berlin) 19h im Waldmeister Club (Tagesmitgliedschaft möglich)

**Mo., 13.09.:** THE REAL MCKENZIES – OPEN AIR ACCOUSTIC SET im Gasthaus Schaaf, Beginn 20:00h, Eintritt 6,00 €

**Sa., 18.09.:** Open Air Party mit Bounce & Abba Magic, präsentiert von der COBRA, findet aber auf dem Gelände der Firma Frost (Schützenstr. 160) statt. Beginn 16h, Einlass 15h

**So., 19.09.:** CITY LIGHT THIEF, THOUGHTS PAINT THE SKY, 18h im Waldmeister Club (Tagesmitgliedschaft möglich)

**Mi., 22.09.:** Astpai + Support (Punkrock) 19h, Waldmeister Club (Tagesmitgliedschaft möglich)

**Do., 30.09.:** Britta von Anklang: Das können Sie sich abschminken (Kabarett). Cobra, 20h

**Fr., 01.10.:** Jens Neutag: Streik ist geil (Kabarett). Cobra Kino, 19.30h Cobra Kino, Beginn 19:30 Uhr

**So., 24.10.:** Liger (Konzert, Folk), JASON & THEODOR (Konzert, Lo-fi Folk): cobra Kantine

**Nicht gucken  
mitmachen bei  
der tacheles!**